

Agrarpolitik als Prüfstein globaler Solidarität

von Prof. Markus Vogt, Benediktbeuern

1 Zur ethischen Relevanz der Landwirtschaft im Kontext der Globalisierung

Der weltweite Handel mit Agrarprodukten gehört zu den Schrittmachern und Problemfällen der Globalisierung: So hat die von vielen Ausnahmen begleitete Zollsenkung seit dem WTO-Agrarvertrag von 1995 kontinuierlich fallende Preise (in den letzten Jahren durchschnittlich fast 10 % per anno)¹ und tief greifende Veränderungen der nationalen und internationalen Märkte bewirkt. Der globale Wettbewerb um Agrarmärkte zwischen den Staaten führt bei diesen zu einer Vielfalt ganz unterschiedlicher Transferzahlungen und Subventionen, um die Absatzchancen der jeweils eigenen Landwirtschaft zu vergrößern oder zu sichern. Diese Transferzahlungen haben eine Höhe erreicht, die diejenige in anderen Wirtschaftszweigen bei weitem übertrifft (in den Industrienationen zusammen jährlich zwischen 300 und 360 Milliarden US-Dollar).²

In Verbindung mit der sehr erfolgreichen Weiterentwicklung von Agrartechnik und Pflanzenzucht führt der „Subventionswettbewerb“ in einzelnen Bereichen zu einer deutlich über den Bedarf hinausgehenden Produktion, zu Exporten mit Preisen unterhalb der Produktionskosten, zu ökologisch und sozial ruinösen Produktionsbedingungen sowie zu einem Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Eigenproduktion in einigen Regionen der Erde. So entsteht unter den gegenwärtigen Welthandelsbedingungen die paradoxe Gleichzeitigkeit von Überproduktion an Nahrungsmitteln und Welthunger.³

Verschärft werden die Probleme im Agrarbereich durch den gegenwärtigen Klimawandel. Die Landwirtschaft ist nämlich der Wirtschaftszweig, der am unmittelbarsten von den Klimaänderungen betroffen ist⁴, allerdings in regional unterschiedlicher Ausprägung. Während die Landwirtschaft nördlicher Länder teilweise von der Erwärmung profitieren könnte, wird sie in den südlichen Ländern erheblich mit verstärkter Wasserknappheit, Bodenerosion, Extremereignissen und geringerer Anpassungsfähigkeit zu kämpfen haben. Sollen die Produktivitätserfolge der Landwirtschaft auch in Zeiten des Klimawandels Bestand haben und zuverlässig die Ernährung möglichst aller Menschen sichern, bedarf es tief greifender Anpassungen und Strukturveränderungen. Aus dem anthropogen verursachten Klimawandel, der besonders in der Landwirtschaft Kompensationen erfordert, ergibt sich ethisch gesehen eine gemeinsame Verantwortung für wechselseitige Hilfe und Innovation. Diese Solidarität mit den ärmeren Ländern ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Diese Pflicht könnte aber im Konflikt mit einer weiteren Solidaritätsforderung stehen, nämlich zugunsten der Landwirte im eigenen Land, die innerhalb dieses Kontextes ebenfalls mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.⁵

Die gleichermaßen ethische wie ordnungspolitische Herausforderung besteht in beiden Fällen darin, von kurzfristigen Hilfen und Subventionen, die meist durch aktuelle Notlagen des national wie weltweit enorm unter Druck geratenen Systems der Landwirtschaft ausgelöst werden, zu einem kohärenten Konzept von prospektiver und international verträglicher Solidarität überzugehen. Bisher herrscht in vielen Bereichen ein rein sektorales und kurzfristiges Verständnis von Solidarität, das notwendige Strukturanpassungen oft verhindert und massive wirtschaftliche, soziale und ökologische Fehlentwicklungen zur Folge hat. Insofern

¹ Vgl. dazu Baratta 2003, 1118-1150.

² Vgl. OECD 2000, Tab. 1.5ff.

³ Vgl. Sen 2003, 196-229; Weltbank 2003, 99-129.

⁴ Weltbank 2003, 102-105; UNEP 1999, bes. 24-51.

⁵ Vgl. dazu unten Abschnitt 3.

könnte gerade die Solidarität mit der Landwirtschaft in Entwicklungsländern gleichsam als ein heilsamer Zwang auch zu einer positiven Veränderung im Agrarbereich der westlichen Welt führen.

Ohne einen neuen ethischen Konsens über die tragenden Werte, wirtschaftlichen Chancen und globalen Kooperationsbedingungen der Landwirtschaft sind wesentliche Konflikte in der EU sowie in der WTO, die immer wieder durch die Agrarpolitik ausgelöst werden, heute nicht zu lösen. Es fehlt an klaren sozialem Kriterien sowie an entsprechenden institutionellen Reformperspektiven für einen Ab- und Umbau des enorm teuren und mittel- und langfristige dysfunktionalen Systems der Subventionen und Transferzahlungen. Die Frage, der die folgenden Ausführungen nachgehen, ist, wie ein differenziertes Verständnis von Solidarität und Gerechtigkeit im Kontext der Globalisierung zur Klärung der Reformperspektiven beitragen kann.

Vor diesem Hintergrund hat die Landwirtschaft in dreifacher Hinsicht eine exemplarische Bedeutung für die ethische Auseinandersetzung mit der Globalisierung:

1. Agrarpolitik als Prüfstein globaler Solidarität in der Hungerbekämpfung: Der Weltagrarrhandel hat maßgebliche Auswirkungen auf die Ernährungslage und die Existenzbedingungen in den Entwicklungsländern und berührt insofern wesentlich das Problem des Welthungers (mit seinen vielen Folgen wie Bodenerosion oder Landflucht). Dessen Überwindung ist ein Prüfstein für die Globalisierung der Solidarität. Die Gleichzeitigkeit von Überproduktion an Nahrungsmitteln und Misserfolgen in der Bekämpfung des Welthungers zeigt beispielhaft, wie komplex die Wirkungszusammenhänge sind und dass es neuer Denkweisen, Strukturen und Institutionen bedarf, um Auswege aus den Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu finden. Eine solche Reform ist also eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der klassischen Entwicklungs- und Hungerhilfe und ihre notwendige strukturpolitische Fortsetzung.

2. Agrarpolitik als Bewährungsprobe der WTO hinsichtlich fairer Regeln im Welthandel: Die Strukturen und Organisationen des Welthandels sehen sich in letzter Zeit vermehrt den Vorwürfen ausgesetzt, ungerecht zu sein sowie soziale und ökologische Problemzusammenhänge zu übersehen. Derartige Proteste wie auch Machtkämpfe um neue institutionelle Rahmenbedingungen konzentrieren sich in den ersten Jahren des dritten Millenniums auf den Agrarbereich. Da die Krise offensichtlich und der Handlungsdruck groß sind⁶, bestehen derzeit gute Chancen, dass die politisch Verantwortlichen nun endlich ernsthaft über Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit, d.h. über die grundlegenden Ziele, Mittel und Handlungsbedingungen im Bereich der Landwirtschaft nachdenken.

3. Neue zivilgesellschaftliche Bündnisse als Voraussetzung für einen Wandel: Agrarpolitik ist in hohem Maße eine abhängige Variable anderer Politikfelder (z.B. Wirtschafts-, Verbraucher-, Umwelt-, Landesentwicklungspolitik), vor- und nachgelagerter Wirtschaftsbereiche (Futtermittelerzeugung, Lebensmittelverarbeitung etc.) sowie der Ernährungs- und Einkaufsgewohnheiten in der Bevölkerung. Sie kann deshalb nur dann neue Wege beschreiten, wenn sie „wieder Teil der Gesellschaftspolitik“⁷ und Gegenstand zivilgesellschaftlicher Mitverantwortung wird. In dieser Hinsicht besitzen die Kirchen als zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihrer Hilfswerke und Verbände sowie ihrer weltweiten Strukturen überdurch-

⁶ Vgl. dazu u.a. Deutsche Kommission Justitia et Pax 2001, 11-35.

⁷ Vgl. dazu Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) 2003. – Zu den hohen Erwartungen an die Rolle der Zivilgesellschaft in der Globalisierung als eine der drei „Säulen“ von „Global Governance“ vgl. Messner/Nuscheler 1996; Meier-Walser/Stein 2004, 411-552; zur Rolle der Kirchen für den Aufbau einer globalen „Regierungsfähigkeit“ vgl.: ComECE 2001.

schnittlich starke Mitgestaltungsmöglichkeiten. Sie agieren bisher aber wenig koordiniert und blockieren sich teilweise selbst durch widersprüchliche Zielvorgaben. Deshalb ist es Aufgabe und Chance der Sozialethik, durch Grundlagenreflexion und Praxisbegleitung dazu beizutragen, dass dieses Potential wirksam in die Gestaltung von Politik eingebracht werden kann.⁸

2 Aktuelle Fakten zur Globalisierung der Landwirtschaft

Die Globalisierung der politischen, ökonomischen und technologischen Prozesse in nahezu allen Lebensbereichen hat unter anderem zur Folge, dass sich sektoral orientierte Politikmuster auflösen.⁹ Auch die Landwirtschaft wird verstärkt in gesamtwirtschaftliche Interessen und globale Verantwortung eingebunden. Maßgebliche Rahmenbedingungen hierfür werden von der WTO bestimmt. Ihr Agrarvertrag von 1995 ist das erste völkerrechtlich verbindliche Abkommen zur Landwirtschaft. Ziele sind die umfassende Weltmarktintegration und die schrittweise Liberalisierung des Weltagrarmarktes. Die Vertragsstaaten haben sich in diesem Abkommen darauf verständigt, die landwirtschaftlichen Zollsätze abzubauen (um 36 % von 1995 bis 2001), die interne Stützung zurückzuführen (um 20 %), den internationalen Handelspartnern einen Marktzugang von mindestens 5 % zu gewähren und die subventionierten Agrarexporte um 36 % zu reduzieren.¹⁰ Dieses Rahmenabkommen prägt auch die europäische Landwirtschaftspolitik.

Im Rahmen der seit 2001 bei der WTO stattfindenden „Doha Runde“ (benannt NACH der Stadt Doha in Katar, in der das Verhandlungsmandat festgelegt wurde)¹¹ wird ein neuer Agrarvertrag der WTO ausgehandelt, der den vorangehenden Vertrag der „Uruguay-Runde“ fortschreiben soll. Im September 2003 fand in der mexikanischen Stadt Cancún dazu eine WTO-Ministerratstagung statt, die jedoch u.a. an Interessensgegensätzen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern im Agrarbereich scheiterte.¹² Das Dilemma, dass der solidarische Protest der Entwicklungsländer in der WTO am Ende zu einem Rückfall in unilaterale Verhandlungen führt und sie so in noch höherem Maße erpressbar macht, zeigt, wie sehr die Interessen der ärmeren Länder, aber auch kulturelle, soziale und ökologische Belange von den Strukturen des Welthandels systematisch an den Rand gedrängt sind.

Mit Hilfe der WTO und ihrer gewaltigen Sanktionsmacht erzwingen die Industriestaaten von den Entwicklungsländern die Öffnung ihrer Märkte für die Einfuhr der Agrarüberschüsse aus dem Norden gemäß ihren WTO-Verpflichtungen. Vor dem Hintergrund des massiv subventionierten Preis-Dumpings wird die WTO so zum Mittel einer aggressiven Markteroberungspolitik westlicher Industrieländer. Die Märkte und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bäuerin-

⁸ Hintergrund der folgenden Ausführungen sind zwei aktuelle Veröffentlichungen der Kirchen: „Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft“ (EKD/DBK, Gemeinsame Texte 18, Mai 2003) und „Agrarpolitik muss wieder Teil der Gesellschaftspolitik werden. Plädoyer für eine nachhaltige Landwirtschaft“ (Zentralkomitee der deutschen Katholiken, November 2003). Im Rahmen des sozia-ethischen Forschungsprojektes „Kirchliche Beiträge zu einer nachhaltigen Landwirtschaft“ ist die „Clearingstelle Kirche und Umwelt“ (Gemeinschaftsprojekt der Philosophisch-Theologischen Hochschule Benediktbeuern und der Kommission VI der DBK) maßgeblich an beiden Texten beteiligt.

⁹ Vgl. zum Folgenden EKD/DBK 2003, Nr. 34-39 und 57-61.

¹⁰ WTO 1995, 39 ff.

¹¹ Panikhpakdi 2004, 549-552.

¹² Die Entwicklungsländer haben mit vereinten Kräften „erfolgreich“ gegen das Diktat der führenden Industrienationen in der Definition der WTO-Regeln protestiert, sich damit aber – zumindest vorläufig – selbst am meisten geschadet. Unter den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sie unterstützten, haben auch die kirchlichen eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Große Demonstrationen von Globalisierungskritikern fanden außerhalb der Sicherheitszone in Cancún statt, wesentlich getragen von der weltweiten Bauernvereinigung La Via Campesina, die allein in Mexiko drei nationale Mitgliedsverbände hat. Diese Kleinbauernbewegungen setzen auf Ernährungssouveränität und wollen die Landwirtschaft ganz aus dem globalen Regelwerk der WTO herausnehmen.

nen und Bauern im Süden werden dadurch zerstört. Armut hat heute das Gesicht zerstörter Landwirtschaftsstrukturen¹³ sowie der damit zusammenhängenden Abwanderung unzähliger Menschen in die Megastädte des Südens.

Aufgrund bereits getroffener Entscheidungen sowie der sich abzeichnenden Entwicklungen ist in den kommenden Jahren mit einer weiteren Verschärfung des Wettbewerbs zu rechnen. Die Folgen dieser zunehmenden Kommerzialisierung der Landwirtschaft nehmen in den reichen wie in den armen Ländern z.T. bedrohliche Züge an. Allgemein hat der Konkurrenzkampf um Weltmarktanteile mittels Exportsubventionen und anderer Dumpingmethoden zu ruinös niedrigen und instabilen Preisen auf den Weltmärkten geführt und zugleich weltweit ökonomisch und ökologisch sinnvolle Anpassungen verhindert. So können in Europa zu den gegenwärtigen Weltmarktpreisen nur wenige Bauern kostendeckend produzieren, was das „Sterben“ gerade der kleinen und mittleren Höfe zur Folge hat.

Was die Lage in vielen Entwicklungsländern betrifft, so wird hier häufig die herkömmliche Nahrungsmittelproduktion auf Export umgestellt. Mit diesem Prozess ist ein erheblicher Strukturwandel verbunden. Zum einen sind in der Regel nur solche Agrarbetriebe für die Exportmärkte geeignet, die über ausreichend Kapital und Boden verfügen oder industriell strukturiert sind.¹⁴ Zum anderen müssen gleichzeitig Nahrungsmittel zur Ernährung der eigenen Bevölkerung importiert werden. Somit werden immer mehr Länder, die sich früher selbst ernährt haben, zu Nettoimporteuren von Nahrungsmitteln. Ferner kommen die Erlöse aus dem Export von Lebens- und Futtermitteln nur zu einem kleinen Teil den in der Landwirtschaft Beschäftigten zugute, so dass diese Strukturwandlungsprozesse auf Kosten der Ernährungssicherheit der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der Frauen und Kinder gehen.¹⁵ Viele von ihnen wandern daher in die Städte ab.¹⁶ Damit gehen wiederum kulturell gewachsenes Wissen für einen standortgerechten Anbau sowie entsprechende Traditionen der Zubereitung ebenso verloren wie der lokale soziale Zusammenhalt. Doch auch volkswirtschaftlich drohen im Zuge dieser Umstellung neue Verarmungsrisiken, insofern die Bauern und einheimischen Verbraucher von für sie unbeeinflussbaren Faktoren der Weltwirtschaft abhängig werden, wie z.B. von den Zinssätzen, Wechselkursen oder Finanzkrisen, von den Weltmarktpreisen und den Agrarpolitiken der Industrieländer, den Verhandlungserfolgen ihrer Regierungen bei WTO und Internationalem Währungsfonds (IWF).¹⁷

Die EU und die USA liefern sich seit Jahren ein Kopf-an-Kopf-Rennen um globale Marktanteile. Die EU hat ihre Anteile am Weltagrarhandel von 13,5 % (1981) auf 17 % (2000) steigern können, während die USA von 24 % auf 18 % abgesackt sind.¹⁸ Die Gesamtunterstützung aller Industriestaaten für ihre Landwirtschaften erreichte 1999 die Höhe von 361 Mrd. US \$¹⁹. Gleichzeitig nahm die weltweite Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft und Welter-

¹³ Heute leben rund 75 % der Armen in ländlichen Gebieten; vgl. Weltbank 2003, 102.

¹⁴ Ein damit zusammenhängendes Problem, das hier nicht näher ausgeführt werden kann, sind die oft einseitigen Verflechtungen exportorientierter Landwirtschaft mit den Interessen politischer Machthaber oder transnationaler Unternehmen sowie Korruption und Vetternwirtschaft. Ebenso wenig kann darauf eingegangen werden, dass der Anbau der Exportfrüchte häufig umweltschädlich ist: ob nun in Monokulturen mit massiven Pestizideinsatz oder aufgrund nicht standortangepasster Pflanzen.

¹⁵ In vielen Ländern sind die Frauen für den Anbau der Subsistenzkulturen zuständig. Die Familien müssen davon weitgehend leben. Die meisten Frauen haben für ihre Äcker, auf denen sie ihre Selbstversorgung betreiben, keine Rechtstitel. Der Gewinn aus den Exportfrüchten dagegen kommt i.d.R. nur einer kleinen Gruppe von Männern und v.a. den transnationalen Unternehmen zugute. Zum Problem, sich Nahrungsmittel für Devisen kaufen zu müssen, vgl. Sen 2003, 139-179.

¹⁶ Weltbank 2003, 105f.

¹⁷ Zu der problematischen Rolle des IWF vgl. Stiglitz 2002, 37-86.

¹⁸ Vgl. FAO 2001, Tab. 42ff.

¹⁹ OECD 2000, Tab. 1.5. Für 2004 liegen m. W. noch keine Zahlen vor. In den letzten Jahren ist das Unterstützungsniveau um 10 – 15 % zurückgegangen, was jedoch t.w. lediglich auf Umwidmungen zurückzuführen ist.

nährung von 25 % auf 18 % aller Hilfen im Zeitraum von 1995 bis 2000 ab.²⁰ Die Hungerbekämpfung ist der Weltgemeinschaft nur rund 12 Mrd. US \$ wert, was im Verhältnis zu den riesigen Summen, die die Industrieländer für die Unterstützung der eigenen Landwirtschaften zahlen, ein deutliches Indiz für die Unterbewertung globaler Zusammenhänge und Solidaritätspflichten ist.

3 Zur ethischen Bewertung: Das Dilemma unterschiedlicher Solidaritätspflichten

Ethische Argumentationsgrundlage für die folgenden Analysen der globalen Situation der Landwirtschaft unter den Bedingungen des Welthandels ist das Prinzip der Solidarität. Dieses gründet ethisch gesehen weder in einem bloßen Gefühl des Mitleids, noch handelt es sich um eine supererogatorische Tugendleistung wohlhabender Gemeinschaften, die sich eine derartige Unterstützung leisten können. Die Solidaritätspflicht, um die es hier geht, basiert auf den Forderungen der Gerechtigkeit, die aufgrund globaler Wirkungszusammenhänge in besonderer Weise hinsichtlich des Agrarmarktes bedeutsam werden. In der Perspektive christlicher Sozialethik wird diese Verpflichtung noch einmal verschärft, insofern die Solidarität mit den Armen und Bedürftigen den biblischen, moraltheologischen und kirchlichen Standpunkt prägt, wie insbesondere in der neueren Theologie unter dem Begriff der Option für die Armen herausgearbeitet worden ist.²¹

Die für Fragen der Gerechtigkeit kennzeichnenden Konflikte zwischen unterschiedlichen Gütern und Ansprüchen finden sich exemplarisch auch im globalisierten Agrarmarkt. Daher sind bei der weiteren Argumentation mehrere Aspekte bzw. Differenzierungen zu unterscheiden. Eine erste betrifft die Unterscheidung in räumliche und zeitliche Hinsicht: Die Solidaritätspflicht bezieht sich sowohl auf die gegenwärtig lebenden Bedürftigen (globale Gerechtigkeit) als auch auf die zukünftigen Generationen, die, wie insbesondere der Nachhaltigkeitsdiskurs zeigt, ebenfalls grundlegend berücksichtigt werden müssen (intergenerationale Gerechtigkeit). Hinsichtlich der Zukunftsverantwortung ist vor allem zu berücksichtigen, dass Gerechtigkeit heute nicht mehr als eine „natürlich“ vorgegebene Ordnung aufgefasst werden kann, sondern nurmehr als eine Orientierung für die faire Lösung der Dynamik gesellschaftlicher Konflikte.²² Wesentlich komplexer wird die Situation dadurch, dass die Interessen nicht einheitlich sind, weder die der Gegenwärtigen noch die der Künftigen, weder in Entwicklungsländern noch in den Industrienationen: Bei jeder Veränderung gibt es Gewinner und Verlierer. Gerade in der Landwirtschaft wächst die Gruppe der Verlierer sowohl im Süden wie im Norden. Das Deutungsmuster des Nord-Süd-Konfliktes muss heute teilweise als überholt gelten: Der primäre Gerechtigkeitskonflikt ist zunehmend der zwischen der globalen Konsumentenklasse und der Gruppe der Ausgeschlossenen.²³

Bevor nun diese denkbare Kollision unterschiedlicher Solidaritätspflichten erörtert wird, gilt es zunächst, die gerechten Ansprüche der Entwicklungsländer und ihrer Landwirtschaft darzulegen. Das Prinzip der Solidarität ist nach Maßgabe christlicher Ethik unteilbar und folglich auf die gesamte Menschheit anzuwenden.²⁴ Dabei ist die Solidarität mit den Schwächsten von zentraler Bedeutung. Die biblische Option für die Armen hat heute eine globale und strukturethische Dimension: Sie stellt die Kirchen vor die Herausforderungen der weltweit wachsenden Ungleichheit und der Elendssituation der über eine Milliarde Menschen, die

²⁰ OECD 2001. Vgl. BMZ 2001, 208 (Tab. 30).

²¹ Vgl. Bischöfliche Aktion Adveniat 1968; DBK 1979, bes. Nr. 1134-1165; Gutiérrez 1973.

²² Vogt 1999; Wiemeyer 2004.

²³ Sachs 2003.

²⁴ Zum Begriff der Solidarität vgl. Baumgartner/Korff 1990; Bayertz 1998; im Kontext der Globalisierungsdebatte als „historische Wiedergutmachung“: Kruijff 1997, 309-336.

aufgrund ihres unter einem Dollar pro Tag liegenden Einkommens als „absolut arm“ gelten und zum großen Teil Hunger leiden.²⁵ Die Globalisierung der sozialen Frage verpflichtet sie zur besonderen Solidarität mit den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Entwicklungsländern, die 50 % der Hungernden ausmachen und unter gerechten Rahmenbedingungen – z.B. bei eigenem Landbesitz – zu einem guten Teil durchaus in der Lage wären, sich hinreichend selbst zu versorgen.

Angesichts der großen Erfolge landwirtschaftlicher Produktivitätssteigerung sind Hunger und Unterernährung von einem Fünftel der Menschheit nicht als schicksalhafter Mangel zu interpretieren, sondern als ein Verteilungs- und Ordnungsproblem. Direkte Umverteilung von Nahrungsmitteln hilft jedoch – abgesehen von begrenzten aktuellen Krisensituationen – nicht weiter, sondern schwächt im Gegenteil oft die Eigenversorgungsstrukturen und stärkt krisen- und korruptionsanfällige Abhängigkeiten. Zukunftsfähige Solidarität verlangt daher vor allem Strukturanpassungen, die mehr Gerechtigkeit in den weltwirtschaftlichen und nationalen Rahmenbedingungen zum Ziel haben. Sozialethik muss dementsprechend vorrangig als Strukturenethik konzipiert werden.

Solidarität ist, wie dargelegt, subsidiär zu organisieren: Die Landwirtschaft zeigt geradezu exemplarisch, dass Hilfe nur als Hilfe zur Selbsthilfe dauerhaft wirksam ist. Vorrangiges Ziel globaler Solidarität in der Agrarpolitik ist deshalb die Verbesserung der Chancen der Entwicklungsländer, sich selbständig zu versorgen. „Die Versorgungssituation der Entwicklungsländer muss vor allem durch den Ausbau ihrer Eigenproduktion verbessert werden. Dieser Prozess sollte weder durch Agrarexporte der Industriestaaten noch durch EG-Importe an Futter-Rohstoffen aus Entwicklungsländern gefährdet werden.“²⁶

Dieser Appell lässt den Grundkonflikt um Gerechtigkeit in der globalen Agrarpolitik als das tiefe Dilemma zwischen nationaler und globaler Solidarität erscheinen: Die Forderung nach echten Chancen für die Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt belastet die Landwirtschaft in den Industrieländern, die sich nun mit billiger Konkurrenz, Exportbegrenzungen und vor allem Subventionsabbau konfrontiert sieht. Wenn die Industrieländer ihrer Landwirtschaft sämtliche Agrarunterstützung streichen würden, müsste die Mehrheit der Betriebe (zumindest in Deutschland) binnen kurzem aufgeben.²⁷

In dieser Situation stellt sich die Frage, in welchem Umfang und in welcher Gestalt Deutschland Landwirtschaft braucht: Sind die milliardenschweren Subventionen am Ende – analog zum Kohleabbau – Strukturierungsmaßnahmen, die notwendige Anpassungen eher verzögern oder gar verhindern? Lassen sich Politik und Kirche in ihrem Plädoyer für eine Zukunft der Landwirtschaft auch in Deutschland vor den Karren der unverhältnismäßig einflussreichen Lobby einer kleinen Berufsgruppe spannen? Ist die Erhaltung der bäuerlichen

²⁵ Die Definition der Armut durch den Indikator „1 Dollar pro Tag“ ist freilich sehr ungenau: Im Rahmen von funktionierenden Tausch- und Selbstversorgungssystemen können Menschen damit besser auskommen als etwa Vermögendere, die ganz auf Geldmärkte angewiesen sind. Zum Begriff der Armut als „Mangel an Entwicklungschancen“, wobei Entwicklung wesentlich als Freiheit verstanden wird, vgl. Sen 2003, 110-116 und 13-19; zu Indikatoren der Armut vgl. Weltbank 2003, Tabellen im Anhang.

²⁶ Deutsche Bischofskonferenz 1989, These 3.14. Doch es geht ebenso um „Luxusgüter“ wie etwa Rindfleisch oder Erdnüsse, deren Erzeugung dem heimischen Nahrungsmittelmarkt wichtige Ressourcen entzieht.

²⁷ Selbst unter den gegenwärtigen Bedingungen der hohen externen Unterstützung ist der durchschnittliche Verdienst der Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland weit hinter der Einkommensentwicklung der Gesellschaft zurückgeblieben. Ausdruck der hohen Belastung ist u.a., dass ca. zwei Drittel der Höfe keinen Hofnachfolger haben; zwei Drittel der Betriebe hat in den letzten vierzig Jahren bereits geschlossen. Von dem verbliebenen Drittel ist die Mehrzahl zum Nebenerwerb übergegangen. Die Gruppe der Gewinner in den landwirtschaftlichen Veränderungen des letzten Jahrzehnts ist klein und besteht zu allermeist aus industrieähnlichen Großbetrieben. Vgl. EKD/DBK 2003, Nr. 7-19.

Landwirtschaft also bloß rückwärtsgewandte Romantik auf Kosten der Steuerzahler, oder leistet sie einen gesellschaftlich wertvollen Zusatznutzen?²⁸

In der wirtschaftsethischen Bewertung des Agrarsektors hat der Begriff „Liberalisierung“ eine maßgebliche Bedeutung gewonnen. Trotz der ständigen Rede von Liberalisierung ist diese faktisch jedoch sehr unvollständig, insofern einflussreiche Akteure gerade im Agrarsektor verhindern, dass die für einen freien Markt konstitutiven Mechanismen ihre Wirksamkeit entfalten können. So ist der Agrarmarkt weit entfernt von Transparenz oder von Kostenwahrheit hinsichtlich des ökologischen und sozialen „Rucksacks“ (d.h. die Folgekosten von Bewirtschaftungsmethoden, die Menschen, Wasser und Boden belasten, werden in hohem Maße externalisiert und der Allgemeinheit aufgebürdet). Auf der anderen Seite erbringt die Landwirtschaft oft externen Nutzen, der nicht über Märkte abgegolten wird und nur sehr unvollständig über Märkte abgegolten werden kann. Der globale Agrarmarkt ist derzeit eher von einer „Machtwirtschaft“ als von einer Marktwirtschaft geprägt.

Was nun die Konkurrenz zwischen der Landwirtschaft in den entwickelten und den ärmeren Ländern sowie die möglichen Konflikte zwischen entsprechenden Solidaritätspflichten betrifft, so fordern die freie Marktwirtschaft und das Prinzip der Gerechtigkeit gleichermaßen strukturelle Veränderungen im globalen Agrarmarkt, freilich ohne dass dies schon eine unmittelbare Auflösung dieses Dilemmas unterschiedlicher Solidaritätspflichten zur Folge hätte. Nach dem Kriterium der Bedürftigkeit hat globale Solidarität einen gewissen Vorrang, was hieße, die Agrarmärkte für die Produkte der Entwicklungsländer zu öffnen.²⁹ Unter bestimmten Bedingungen könnten die Chancen der Entwicklungsländer dadurch weit mehr gefördert werden als durch alle direkt geleistete Entwicklungshilfe, deren Effektivität und Effizienz in der bisher geleisteten Form ohnehin äußerst umstritten sind. Der Abbau des Protektionismus ist somit eine vorrangige ethische Pflicht globaler Solidarität und Gerechtigkeit.³⁰ Doch unabhängig von derartigen Verbesserungen erweisen sich auch die internen wirtschaftlichen und politischen Strukturen in den Entwicklungsländern als äußerst problematisch. Abgesehen von einer weit verbreiteten Korruption ist die Wohlstandsverteilung in vielen Gesellschaften überaus ungerecht, so dass Exporterlöse nur bestimmten, ohnehin privilegierten Gruppen zugute kommen – auf Kosten der Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Lebensmitteln.³¹

Hinsichtlich des eingeforderten Strukturwandels sind insbesondere zwei Gesichtspunkte näher in den Blick zu nehmen. Erstens die Frage der Zolleskalation, die für verarbeitete Produkte höhere Zölle verlangt und die Entwicklungsländer so zwingt, ihre Rohstoffe zu exportieren und damit ihre Natur und ihre Zukunftschancen auszubeuten, während sie ihr „konkurrenzfähigstes Produkt“, nämlich billige Arbeitskraft, kaum vermarkten können. Teilweise ist die Zolleskalation aber auch ein Schutz für Entwicklungsländer, da das Exportinteresse der EU im Agrarbereich sich vor allem auf weiterverarbeitete Produkte bezieht. Insgesamt ist das knappste Gut, das zunehmend ins Zentrum weltwirtschaftlicher Konkurrenz rückt, bezahlte Arbeit. Ein Ausweg aus den vielfältigen Dilemmasituationen, die sich hier ergeben, kann letztlich nur durch ein neues Verständnis von Arbeit sowie eine der jeweiligen volks-

²⁸ Vgl. dazu unten Abschnitt 5.

²⁹ 2002 hat die EU immerhin landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Entwicklungsländern im Wert von 50 Mrd. Euro eingeführt; vgl. ZdK 2003, 21. Der Solidaritätsaspekt dieser Zahl ist allerdings deutlich zu relativieren, da insbesondere tropische, d.h. in Europa nicht der nur schwer kultivierbare Produkte wie Kaffee, Tee oder Bananen importiert wurden und ferner die Preise dafür extrem niedrig waren und sind.

³⁰ Auch die Pastoralkonstitution *Gaudium et Spes* sowie die Enzykliken *Rerum novarum*, *Centesimus annus* und *Sollicitudo rei socialis* plädieren für eine Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft unter der Voraussetzung fairer Wettbewerbsbedingungen.

³¹ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe 2001, 171ff.

wirtschaftlichen Wertschöpfungskapazität entsprechende Verlagerung der Besteuerung vom Faktor Arbeit zum Faktor Energie gefunden werden.³²

Ein weiterer Streitfall zwischen Süd und Nord dreht sich um soziale und ökologische Standards. Diese sind erforderlich, um die Natur, die Gesundheit, kulturelle Werte und das soziale Leben in den Entwicklungsländern nachhaltig zu schützen und um zugleich eine Absenkung der Standards reicherer Länder auf das niedrigste Niveau zu vermeiden.³³ Allerdings, und nicht zu Unrecht, befürchten etliche Entwicklungsländer, dass diese Normen von den Industrieländern missbraucht werden, um Importbeschränkungen für Produkte aus Entwicklungsländern „durch die Hintertüre“ durchzusetzen. Des Weiteren ist einzuräumen, dass solche Zertifizierungssysteme insbesondere für Kleinbauern zu aufwändig und teuer sind.

Der mögliche Konflikt von Solidaritätspflichten erlaubt, so lässt sich ein erstes Fazit ziehen, keine glatten Lösungen, sondern verlangt jeweils ein verantwortungsethisch konturiertes, umfassendes und kontextbezogenes Abwägen aller relevanten Aspekte, das stets gleichermaßen die Grenzen des jeweils Machbaren wie die langfristigen Folgen für die Zukunft im Blick behält. Der Maßstab kann folglich nicht die durchschnittliche Akkumulation von Wohlstand sein, sondern Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden für möglichst viele ist zur Leitkategorie von „Entwicklung“ zu erheben.³⁴ Die Einrichtung einer „Development Box“ im WTO-Vertrag, die es den Entwicklungsländern gestattet, bestimmte Grundnahrungsmittel aus den Liberalisierungsaufgaben herauszunehmen, wäre ein wesentlicher Beitrag der Agrarpolitik zur globalen Friedens-, Umwelt- und Ernährungsordnung.

Aus sozialetischer Sicht zeigt sich, wie auch schon das Postulat der Nachhaltigkeit und das Konzept der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft³⁵ nahe legen, dass die Probleme, die auf dem Agrarmarkt zu Tage treten wie etwa der Kontrast zwischen betriebs- und volkswirtschaftlichen Erfordernissen und dem Weltgemeinwohl³⁶, nur in einem umfassenden Ansatz gelöst werden können, der sowohl regionale wie globale als auch soziale, ökonomische und ökologische Faktoren beachtet.

4 „Das Soziale neu denken“: Ein Beitrag aus ökologischer Perspektive

Auswege aus dem Dilemma unterschiedlicher Solidaritätspflichten ergeben sich nur durch Strukturveränderungen der Landwirtschaft auch und besonders in den Industrieländern. Die über Jahrzehnte verfolgte Agrarpolitik der EU und der USA sowie einiger Schwellenländer mit dem dominierenden Ziel der Ertragssteigerung führt unter den Bedingungen heutiger Technik und industriellen Methoden sowie angesichts der massiven Subventionen nicht allein zu einer kostspieligen Überproduktion, sondern gleichermaßen zu einer z.T. Ausbeutung der Natur und zu einer sozial nicht mehr zu bewältigenden Konkurrenz um Absatzmärkte.³⁷ Diese ökologischen und sozialen Konflikte hängen unlösbar miteinander zusammen.

³² Kümmel 1998, 25-60. Zu einem neuen Verständnis von Arbeit vgl. Johannes Paul II. 1981.

³³ Vgl. hierzu beispielsweise das Problem überalterter Pestizidrückstände in der afrikanischen Landwirtschaft, Weltbank 2003, 111.

³⁴ Vgl. Gumpert/Beaufort/Vogt 2003, bes. 7-17. Zum Verhältnis von Umweltzerstörung und Krieg vgl. Bächler/Spillmann 1996. Zur Friedensrelevanz der Erhaltung soziokultureller Strukturen in ländlichen Räumen angesichts der „neuen Kriege“, die besonders in Afrika als dauerhafte Bürgerkriege dem Einkommen arbeitsloser, entwurzelter und in den Slumgebieten gestrandeter Jugendlicher dienen, vgl. Münkler 2002, 131-173.

³⁵ Das Ordnungssystem der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft ist die heute notwendige Fortschreibung der Sozialen Marktwirtschaft; seine ideengeschichtlichen Wurzeln liegen in Europa, wenngleich es hier bisher weder theoretisch noch praktisch hinreichend Berücksichtigung findet; für eine humane Gestaltung der Globalisierung gibt es keine vernünftige Alternative zu diesem Ordnungsmodell. Vgl. Schramm 1994, 148-251; bezogen auf die Landwirtschaft: Kroll-Schlüter 1999.

³⁶ Zur Definition des bisher noch recht unscharfen Begriff des Weltgemeinwohls als „global public goods“ vgl. Müller/Wallacher 2004, 344-346 sowie Johannes Paul II. 1987, Nr. 21-26.

³⁷ Zu dem Leitziel der Ertragssteigerung vgl. EWG-Vertrag, Art. 39 (1957 formuliert, bis heute unverändert gültig);

Die Auflösung der sozialen Dilemmasituation in der Landwirtschaft ohne Einbeziehung der ökologischen Dimension kann nicht gelingen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass eine gerechte Weltmarktordnung auch im Agrarsektor nicht bloß eine ethische Forderung ist, sondern ebenso dem Gedanken des vernünftigen Eigennutzes entspricht.

Die Dimension der Zukunftsfähigkeit ist heute eine unverzichtbare Dimension des Sozialen. Das Soziale muss nicht nur räumlich als Verteilungsproblem, sondern in neuer Weise auch zeitlich als Problem der Regeneration von Naturressourcen, aber auch der kulturellen Entwicklung gedacht werden. Ohne Ökologie keine Gerechtigkeit und ohne Gerechtigkeit keine Ökologie.³⁸ Wer die Welt wie eine Ware auffasst, wird am Ende auch den Menschen wie eine Ware behandeln.³⁹ Natur ist der Reichtum der Armen. Sie zu schützen, ist ein vorrangiges Gebot langfristiger Armutsbekämpfung. Etwa 30 % der Menschheit leben unmittelbar von dem, was ihnen die Natur an Nahrung, für Kleidung oder Behausung zur Verfügung stellt; die Zerstörung dieser Lebensgrundlagen kann nicht durch eine Steigerung des Brutto-sozialproduktes kompensiert werden. Vielmehr müsste sie in der ethischen und rechtlichen Kategorie von Raub sowie als massiver Eingriff in das individuelle und kollektive Selbstbestimmungsrecht behandelt werden. Das Recht und der Schutz dieser Lebensräume ist grundlegend und heute in neuer Weise aktuell für das Verständnis sozialer Brennpunkte.

Die entscheidende Brücke zwischen ökologischen und sozialen Faktoren ist das Verständnis von „Arbeit“: Die Unausgewogenheit im Weltagrarhandel ergibt sich wesentlich daraus, dass viele Entwicklungsländer sich gezwungen sehen, ihre Natur (für den Export von Rohstoffen) auszubeuten, und gleichzeitig mit wachsender Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben. Bezahlte Arbeit ist ein entscheidender Knappheitsfaktor in der heutigen Weltgesellschaft.⁴⁰ Seit 150 Jahren wird primär der Faktor Arbeit rationalisiert, während an der Energie- bzw. Ressourceneffizienz (die zu ca. 50 % zur Wertschöpfung beiträgt) kaum gearbeitet wird.⁴¹ Diese einseitige Rationalisierung des Faktors Arbeit ist jedoch eine wesentliche Wurzel der sozialen und ökologischen Probleme. Eine zukunftsfähige Wirtschaftstheorie muss folglich die drei grundlegenden Bezugsgrößen Arbeit, Kapital und Naturressourcen als nicht aufeinander reduzierbare Variablen in den Blick nehmen.⁴²

5 Multifunktionale Landwirtschaft als ethischer Bewertungsansatz

Angewendet auf die Landwirtschaft bedeutet das: Nicht nur bestimmte Produkte, sondern auch Dienstleistungen sowie der ökologische und soziale Zusatznutzen vieler Tätigkeiten und neu zu erschließender Produktbereiche müssen berücksichtigt und finanziell bewertet werden. Das Rahmenkonzept für diese verschiedenen Funktionen der Landwirtschaft wird meist „multifunktionale Landwirtschaft“ genannt.⁴³

Das Dilemma scheinbar unüberwindlicher Gegensätze unterschiedlicher Solidaritätspflichten kommt wesentlich dadurch zustande, dass die Transferzahlungen nicht genau auf die Leis-

vgl. zum Folgenden vor allem ZdK 2003, 18ff.

³⁸ Sachs 2003, 39. Konzeptionell bedeutet das: Probleme der unbeherrschten Natur sind heute wesentlich Problem der unbeherrschten Gesellschaft und umgekehrt; Umweltethik ist als ökologische Sozialethik zu betreiben und Sozialethik nicht ohne die ökologische Dimension, vgl. Höhn 2001, 53-66.

³⁹ Zum diesem Motiv, das u.a. beim Weltsozialforum im Januar 2004 zum viel zitierten Schlagwort wurde, vgl.: Bové/Dufour 2001; Misereor 2003.

⁴⁰ Vgl. aktuelle Pressemitteilungen sowie den „Global Employment Trend 2004“ der ILO, der zufolge trotz leichter Verbesserungen gut die Hälfte der weltweit 2,8 Mio. Beschäftigten von weniger als 2 US\$ pro Tag leben müssen (www.ilo.org/public/english/employment/strat/download/trends.pdf); v.a. in der Subsahara-Region beträgt der Anteil der „working poor“ etwa 46 %.

⁴¹ Vgl. Rat der Europäischen 2002 (www.ccee.ch); Kümmel 1998, 25-60.

⁴² Majer 2001, 468-491.

⁴³ Zu diesem Leitbegriff innovativer Landwirtschaftsreform vgl. DBK/EKD, 2003, Nr. 90-101; Vogt 2003.

tungen der Landwirtschaft ausgerichtet sind, die tatsächlich gesellschaftlich gewollt sind: Sie werden weitgehend für Nahrungsmittel gezahlt, während eine ganze Reihe von Leistungen, die die Landwirtschaft für die Gesellschaft erbringt oder erbringen könnte, kaum finanziell entlohnt werden. Mit Blick auf die Unterstützung der Landwirte ist primär nicht an dem Appell zu gesellschaftlicher Solidarität mit einer einzelnen Berufsgruppe Maß zu nehmen, sondern an dem sozialen und ökologischen Nutzen, den sie für die Gesellschaft erbringen (sollen). Einige innovative Aspekte einer multifunktionalen Landwirtschaft sind z.B.:

- Pflege der Kulturlandschaft, die jahrhundertlang durch die Landwirtschaft hervorgebracht und gestaltet wurde,
- Förderung des kulturellen Lebens und der regionalen Identität (z.B. durch Brauchtum, Direktvermarktung, Bauernmärkte) sowie des Tourismus („Ferien auf dem Bauernhof“),
- Pflege von Biotopen für die Tier- und Pflanzenwelt (nach der europäischen Flora-Fauna-Habitat-Verordnung [FFH] muss Deutschland 11% der Fläche dafür zur Verfügung stellen, was es nur knapp erfüllt; 70 % der Fläche Deutschlands dient der Land- und Forstwirtschaft; die Artenvielfalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen liegt teilweise um den Faktor 10 niedriger als in Großstädten wie Berlin oder München)⁴⁴,
- Wasserschutz durch Verzicht oder Reduktion der nitrathaltigen Düngung, durch Wasserschutzgebiete und durch Pflanzen, die den Boden lockern und bei plötzlichen Niederschlägen aufnahmefähig machen⁴⁵,
- Erzeugung nachwachsender Rohstoffe als Treibstoffe, Verpackungs- oder Dämmmaterial: z.B. Flachs, Hanf, Lupinen, Erbsen, Raps, Schilf, schnellwachsende Bäume oder Biogas.⁴⁶ Jahrhundertlang waren die Bauern durch die Bewirtschaftung des Waldes auch „Energiewirte“ und könnten auch heute durch Verbindung von Tradition, Innovation und veränderten Rahmenbedingungen einen erheblichen Anteil ihres Einkommens aus diesem Bereich schöpfen.

Kurzum, Landwirtschaft vermag wesentlich dazu beizutragen, den ländlichen Raum lebenswert zu erhalten, wenn sie ihre vielfältigen Funktionen unter Beachtung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – sozial, ökologisch, ökonomisch – wahrnimmt.⁴⁷ Diese Strukturen gilt es zu erhalten und wo möglich erneut zu beleben.

Der ökologische und soziale Zusatznutzen einer multifunktionalen und nachhaltigen Landwirtschaft ist in Entwicklungsländern durchschnittlich weit höher und existentieller als in Deutschland. Gerade angesichts des Klimawandels sowie der zu erwartenden Wasserknappheit, der hohen sozialen Kosten der Abwanderung der Menschen in die Slumgebiete der großen Städte sowie der soziokulturellen Sicherungsfunktion landwirtschaftlicher Eigenversorgung in Krisensituationen steigen die Anforderungen an die Landwirtschaft und ihre Bedeutung für eine vorsorgende Umwelt- und Sozialpolitik.⁴⁸ Sie ist ein Schlüsselfaktor für Zukunftssicherung und nachhaltige Globalisierung. Wenn die Landwirtschaft weltweit auf die vielfältigen positiven Funktionen, die sie hat, hatte oder haben könnte, ausgerichtet und die einseitige Konzentration der Förderprogramme auf die Nahrungsmittelproduktion aufgegeben werden, entspannt sich zugleich die ruinöse Konkurrenz um die globalen Agrarmärkte.

⁴⁴ Vgl. Maxeiner/Miersch 1996, 192.

⁴⁵ Damit könnten im Sinne der Vorsorge enorme Kosten vermieden werden: So werden beispielsweise allein die direkten Kosten der Oderflut vor zwei Jahren auf 22 Mrd. Euro geschätzt. Eine langfristig angelegte Landwirtschaft, die extreme Bodenverdichtung vermeidet, könnte die Aufnahmekapazität des Bodens bei plötzlichen Regenfällen wesentlich verbessern und solche Schäden zu vermeiden helfen.

⁴⁶ Vgl. Vogt 2003, 1-13.

⁴⁷ Zum Begriff der Nachhaltigkeit im Kontext christlicher Sozialethik vgl. Vogt 2001.

⁴⁸ Zum „Wettlauf um Wasser und Boden“ und zur Vertreibung der Armen in die Städte vgl. Weltbank 2003, 120f.

Aufgrund der Vielfalt an sozialen, kulturellen und ökologischen Funktionen der Landwirtschaft ist es sinnvoll, ein gewisses Maß an Eigenproduktion in allen Ländern aufrecht zu erhalten, auch wenn die damit verbundenen Produktionskosten für Lebensmittel im Vergleich zu den über den Weltmarkt möglichen Preisen als suboptimal erscheinen; doch ist dies ein rein wirtschaftlicher Blickwinkel, der gerade die sozialen und ökologischen Leistungen konstitutiv nicht zu erfassen in der Lage ist. Das hohe Maß an Subventionen für die Landwirtschaft ist zurückzufahren. Dies muss jedoch schrittweise und international abgestimmt erfolgen, um Anpassungen an die Handlungsfelder des sozialen und ökologischen Zusatznutzens zu ermöglichen und dort Unterstützung zu gewähren, wo dieser gesellschaftlich gewollt, aber nicht über Märkte entlohnbar ist.

Das in Doha vereinbarte „Entwicklungsmandat“ der neuen WTO-Verhandlungsrunde fordert zentral eine Reform des Weltagrarhandels. Aus ethischer Sicht ist bei dieser Reform unabdingbar, dass die Förderprogramme wesentlich auf die Faktoren der nachhaltigen Entwicklung umgestellt werden. So sind etwa die Marktnischen für nachwachsende Rohstoffe zu echten Marktchancen auszubauen. Auch der integrierte Pflanzenbau, der vielfältige Nutzungsformen verbindet und weniger Energie und Wasser verbraucht, kann wichtige Beiträge zu einer standortangepassten Landwirtschaft leisten, die sich auch unter Krisenbedingungen und Klimawandel bewährt.⁴⁹ Das Konzept einer multifunktionalen Landwirtschaft erschließt Alternativen zu der ausschließlich auf Mengensteigerung ausgerichteten Produktionsform, die vom ständigen Preisverfall geprägten Weltmarkt für Lebensmittel in vielfältig ruinöse Dilemmata hineingetrieben wird.

Innerhalb und unterhalb der WTO wäre der wichtigste Akteur für eine Neuorientierung der Agrarpolitik die EU. Diese hat für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa einige Strategien für den Weg zu einer nachhaltigen und multifunktionalen Landwirtschaft benannt und teilweise bereits berücksichtigt.⁵⁰ Nur durch eine solche ökologische Umsteuerung der Förderprogramme kann die europäische Agrarpolitik verhindern, dass sie ihre ungelösten internen Probleme in den Weltmarkt verlagert. Der ruinöse Wettbewerb zwischen EU und USA um die Weltagrarmärkte scheint derzeit freilich wenig Spielräume für eine solche Neuorientierung zu lassen.

6 Strategien der Hungerbekämpfung durch landwirtschaftliche Reformen

Hunger stellt sich unter den Bedingungen der Globalisierung zunehmend als ein Armutsproblem dar, weil mangelnde Kaufkraft bei abnehmender Eigenversorgung unmittelbar zu Hunger führt. Die Gruppe der Hungernden (ca. 840 Millionen Menschen)⁵¹ macht ungefähr zwei Drittel der Armen aus, deren Zahl nach der UN-Definition (Einkommen unter 1 US-Dollar pro Tag) auf 1,3 Milliarden geschätzt wird.⁵² Die meisten dieser Menschen leben auf

⁴⁹ Zum Integrierten Pflanzenschutz vgl. Wetzel 2004.

⁵⁰ Beispielsweise durch Entkoppelung der Zahlungen von der Produktion, durch Kombination mit sozialen Komponenten (z.B. Arbeitsplätze) oder durch eine qualitative Ausrichtung der Beihilfen (nach Einhaltung von Standards in Umwelt- und Tierschutz, Lebensmittelsicherheit oder Arbeitssicherheit); vgl. ZdK 2003, 20-23.

⁵¹ Prozentual gesehen konnte die Zahl der Hungernden in den letzten 40 Jahren halbiert werden (von 35% im Jahr 1960 auf 18% im Jahr 2000 (Baratta 2003, 1118f), absolut ist die Zahl gestiegen; aufgrund von massiver Bodenerosion und -versalzung, Wasserknappheit sowie politischer Instabilität in einigen Krisenregionen (vor allem südlich der Sahara und in Indien) scheint sich der positive Trend gegenwärtig nicht fortzusetzen. Vgl. Sen 2003, 196-229; Weltbank 2003, 99-129; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe 2001, 6 f. und 171 f.

⁵² Freilich ist dies eine sehr unscharfe Beschreibung von Armut: Zu einer tabellarischen Aufstellung der verschiedenen Kennzahlen von Armut und dem empirischen Befund hierzu an den sozialen Brennpunkten der Erde vgl. Weltbank 2003, 286-289; zu einer sozioethisch und ökonomisch differenzierteren Armutsanalyse, die Armut als Mangel an Verwirklichungschancen und als Mangel an mit Freiheit gleichgesetzter Entwicklung versteht, vgl. Sen 2003, 13-19 und 110-116.

dem Land und bewirtschaften als Kleinbauern zumeist Böden mit extrem geringer Produktivität. Während die Weltbevölkerung jährlich etwa um 70 Millionen Menschen zunimmt, verringert sich die Ackerfläche auf der Welt pro Jahr um fünf bis sieben Millionen Hektar, was etwa der Hälfte der Ackerfläche Deutschlands entspricht. Ein Viertel des fruchtbaren Bodens der Erde ist bereits unwiederbringlich vernichtet. Zudem wird die künftige Versorgung der Menschen mit ausreichender Nahrung durch die absehbaren Veränderungen des Weltklimas erheblich erschwert.

Diese Ausgangslage macht deutlich, dass enorme Kraftanstrengungen notwendig sind, wenn das 1996 auf dem Welternährungsgipfel in Rom formulierte Ziel, die Zahl der Hungernden weltweit bis 2015 zu halbieren, erreicht werden soll. Leitet man aus den Entwicklungen und Entscheidungen der letzten Jahre eine Prognose ab, so ist ein deutlicher Anstieg der Zahl von Hungernden weitaus wahrscheinlicher als ihre Verminderung.

Hunger hat viele Ursachen und ist nicht vorrangig ein Problem der absoluten Menge an weltweit erzeugten Nahrungsmitteln, sondern wesentlich eine Frage der Verteilung sowie eine Produkt der geringen Kaufkraft vieler Bevölkerungsschichten.⁵³ Akute Hungersnöte treten zumeist dann auf, wenn politische Instabilität, Korruption, Bürgerkrieg oder falsche Agrarpolitik auf ungünstige natürliche Bedingungen wie z. B. Dürre treffen.⁵⁴ Unter den Bedingungen einer funktionierenden Demokratie hat es bisher noch nie eine Hungersnot gegeben.⁵⁵ Stabile politische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für eine dauerhafte Beseitigung von Armut und Hunger. Hungerbekämpfung und nachhaltige Entwicklung müssen darum mit der Achtung der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten eng verknüpft sein. Erst auf dieser Basis kann eine auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Landwirtschaftspolitik auch in den Ländern des Südens die Ernährungsgrundlage sicherstellen. Dabei sind folgende Elemente von zentraler Bedeutung.⁵⁶

- Sicherung der Verfügbarkeit an fruchtbarem Boden, Saatgut, Wasser und den erforderlichen Betriebsmitteln auf lokaler Ebene;
- Stärkung der Selbstversorgung durch Förderung lokaler und regionaler Märkte;
- Vorrang für Technologien, die an die jeweiligen Standorte angepasst und sozial verträglich sind;
- Schaffung von globalen Rahmenbedingungen, die ein gewisses Maß an Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Verarbeitungsprodukten in die entwickelten Länder ermöglichen;
- Stabilisierung der politischen Rahmenbedingungen durch Demokratie und/oder Förderung kultureller Kommunikationsstrukturen und sozialer Sicherungssysteme.

Der Hunger von einem Fünftel der Menschheit könnte in vielen Regionen durch die gezielte Förderung agrarwirtschaftlicher Strukturen reduziert werden, die mit möglichst wenig Kapital und einem Minimum an externen Betriebsmitteln auskommen. Technische Innovationen, intensive Fortbildung und Wissenstransfer sowie Maßnahmen zur Erhaltung des traditionellen Wissens, das in vielen Regionen verloren geht, sind notwendig für eine Landwirtschaft, die die an Zahl und Ansprüchen wachsende Menschheit mit ausreichenden Nahrungsmitteln versorgen kann. Primärer Knappheitsfaktor sind aber die Bedingungen ökologischer, sozialer und politischer Stabilität. Dafür bietet eine dezentrale, kulturverträglich handhabbare

⁵³ Sen 2003, 196-229 und 247-272. Stiglitz 2002, 197-208.

⁵⁴ Sen 1981.

⁵⁵ Vgl. Sen 2003, 217f.

⁵⁶ Vgl. ZdK 2003, 27.

„mittlere Technik“⁵⁷ gute Voraussetzungen. Bisher wird den kulturellen und sozialen Bedingungen für die Handhabung technischer Innovationen viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die kulturelle Einbettung der Technik hat eine Schlüsselbedeutung für armutsmindernde Globalisierung.

7 Die Patentierung von Saatgut als Problem globaler Gerechtigkeit

Gegenwärtig findet in der Landwirtschaft mit Hilfe der Gentechnik eine neue grüne Revolution statt, die sich aufgrund der biotechnologischen Fortschritte in rasantem Tempo weltweit ausbreitet und die Produktions- und Marktbedingungen radikal verändert. Wie konträr die Strategien der Armutsbekämpfung durch landwirtschaftliche Innovation sind, verdeutlicht die Diskussion um das TRIPs-Abkommen von 1995 (trade-related aspects of intellectual property rights/Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte auf geistiges Eigentum)⁵⁸, das die heute 145 Mitgliedsstaaten der WTO dazu verpflichtet, die Patentierung Grüner (landwirtschaftlicher) Gentechnik mit einem Patentschutz für mindestens 20 Jahre zuzulassen.

Im Zentrum der Debatte über das TRIPs-Abkommen stehen die Fragen ethischer Rechtfertigungsfähigkeit und sozialer Auswirkungen der Patentierung von Lebensformen und natürlichen Prozessen.⁵⁹ Der Artikel 27.3(b) des TRIPs-Abkommens, der den Schutz von Verfahren zur Herstellung von Lebensformen und zur Nutzung natürlicher Prozessen ermöglicht, liefert die gesetzliche Grundlage für die Patentierung von Saatgut. Diese Vereinbarung und die von ihr hervorgerufenen Entwicklungen, die die Weichen für den künftigen Verlauf der Globalisierung stellen werden, sind aus mehreren Gründen ethisch bedenklich. Mit Blick auf die Entwicklungsländer führt diese Regelung dazu, dass dort zahllose Bauern in Abhängigkeit von einzelnen Saatgutunternehmen geraten.⁶⁰ Gleichzeitig lässt die Konzentration der Saatgutindustrie auf wenige patentierte Sorten, die maximale Gewinne versprechen, das Sortenspektrum immer enger werden, wodurch die Gefahr wächst, dass Krankheiten, Insektenbefall oder extreme klimatische Bedingungen ganze Ernten vernichten.⁶¹ Ferner beschneidet die Patentierung von Saatgut das Recht landwirtschaftlicher Gruppen und Gemeinschaften auf den Schutz ihres traditionellen Wissens im Umgang mit biologischen Ressourcen, das sie selbst über Generationen hinweg gepflegt haben. Der Schutz und die Kultivierung von Zuchtmethoden, gezüchteten Nutzpflanzen sowie von Anbautechniken, die das Ergebnis jahrhundertelanger landwirtschaftlicher Bemühungen sind, werden ohne weiteres den Interessen der großen Saatgut-, Agrochemie- und Lebensmittelkonzerne untergeordnet und drohen mittelfristig zum Schaden der gesamten Menschheit verloren zu gehen.⁶² Ohne nun diese Aspekte im Einzelnen ethisch zu diskutieren, lässt sich grundlegend feststellen, dass bereits das grundlegende Argument dieser globalen Entwicklung nicht stichhaltig ist. Denn lebende Organismen und ihre Bestandteile sind schlichtweg nicht patentierbar, weil sie in der Schöpfung aufgefunden und nicht „erfunden“ werden.⁶³ Folglich ist der Artikel 27.3(b) des TRIPs-Abkommens nicht haltbar, und die sich auf ihn berufenden Entwicklungen tragen die Beweislast, dass sie im Einzelfall doch gerechtfertigt und gerecht sind.

⁵⁷ Vgl. Schumacher 1973; Majer 2002. Die Idee der „mittleren Technik“ von Schumacher wurde berühmt unter dem Slogan „small is beautiful“.

⁵⁸ Vgl. zum Folgenden ZdK 2003, 29-34; Deutsche Kommission Justitia et Pax 2001, 37-55; Evangelische Kirche in Deutschland – Kammer für Entwicklung und Umwelt 2000.

⁵⁹ Als Hintergrund vgl. Hausmanninger/Scheule 1999; Evangelische Kirche im Rheinland u.a. 2003, 18-69.

⁶⁰ Nilles 2003, 51-58.

⁶¹ Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland 2000. Bisher ist die Gefahr einer globalen Ausbreitung von Seuchen/Krankheiten vor allem im Bereich der Tierhaltung im Bewusstsein der Öffentlichkeit.

⁶² Nilles 2003.

⁶³ Evangelische Kirche im Rheinland 2003, 18ff.

8 Zusammenfassung: Prioritäten für eine kooperative Weltpolitik

Kein globales Regelwerk hat die Landwirtschaft in den letzten 14 Jahren so verändert wie der Agrarvertrag der WTO von 1995. Weltweit folgen alle agrarpolitischen Reformen seiner Logik – nicht zuletzt, wenngleich mit einer Vielfalt von Ausnahmen, die der EU. Die Grundidee der WTO besagt, dass der Abbau von Handelsbeschränkungen und -verzerrungen die Chancen auf Wohlstand erhöht.⁶⁴ Dementsprechend hat der Agrarvertrag auch zahllosen Menschen billige Nahrungsmittel beschert. Doch die Kehrseite der Medaille, um nicht zu sagen: dieser konstitutiv einseitigen Sichtweise, ist, dass unter den bisherigen Bedingungen Millionen Bauern und Landarbeiter um ihre Existenzbasis gebracht sowie die Grundlagen für individuelle und regionale Subsistenzwirtschaft im Agrarbereich (wie fruchtbare Böden oder standortangepasste Sorten und Anbauverfahren) z.T. unwiederbringlich vernichtet worden sind.

Die zentrale Methode der WTO, die sog. „Liberalisierung“, neigt stets dazu, sich zu einem Selbstzweck aufzuschwingen. Der Abbau von Handelshemmnissen ist zweifellos ein Wohlstands- und vielfach auch freiheitsförderndes Ziel. Diese positive Wirkung hat er jedoch nur unter bestimmten Bedingungen, die in der Landwirtschaft teilweise massiv missachtet werden: Unter extrem einseitigen Macht- und Informationsverhältnissen, zu denen auch die protektionistischen Maßnahmen der Industrieländer zu zählen sind, führen Märkte nicht zu Freiheit, sondern zu verstärkter Abhängigkeit.⁶⁵ Vor dem Hintergrund der Dumpingexporte wird die (oft durch WTO und IWF aktiv erzwungene) Öffnung der Weltmärkte teilweise zu einem Instrument der Zerstörung landwirtschaftlicher Strukturen in Entwicklungsländern.

Die Agrarpolitik ist von den Erfahrungen einer in Selbstschädigung umgeschlagenen Solidarität geprägt – sei es bei dem globalen Subventionswettbewerb (Solidarität mit den Bauern im eigenen Land, die in der gegenwärtigen Form zu höchst kostspieligen Fehlanpassungen führt) oder bei dem Zusammenschluss der Entwicklungsländer gegen das Regeldiktat der Industrienationen in der WTO. Angesichts dieser Situation ist eine sozialetische Reflexion der vorrangigen Ziele einer kooperativen und vernünftigen Agrarpolitik geboten. Hierfür seien abschließend sieben ethische Kriterien und politische Prioritäten benannt:

1. Abbau der Dumpingexporte aus Industrieländern: Es widerspricht der Fairness, dass mit Hilfe der WTO Marktöffnungen in Entwicklungsländern erzwungen und gleichzeitig durch vielerlei Formen der Subventionen in großem Ausmaß Exporte weit unter den Entstehungskosten ermöglicht werden. Zugleich ist darin eine der wesentlichen Ursachen des Welthungers zu sehen. Sowohl die direkten Exportsubventionen als auch die subtileren Formen der Subventionierung von Mengensteigerung und Überproduktion sind folglich einzuschränken.

2. Differenzierter Abbau des Protektionismus: Die Entwicklungsländer müssen verstärkt Zugang zu den internationalen Märkten erhalten. Insbesondere die Zolleskalation für verarbeitete Produkte ist so abzubauen, dass eine ausgewogenere Handelsbilanz zwischen Rohstoffen und verarbeiteten Produkten entsteht. Ökologische und soziale Qualitätsstandards und Kennzeichnungspflichten müssen im globalen Handel eingeführt werden, damit es im Interesse des Verbraucherschutzes und der Umwelt nicht zu einer weltweiten Angleichung der Standards nach unten kommt. Dabei dürfen diese Maßnahmen aber nicht versteckte Formen von Protektionismus sein.

3. Berücksichtigung „nichthandelsbezogener Anliegen“: Landwirtschaft hat nicht allein die Aufgabe, eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherzu-

⁶⁴ Vgl. zum Folgenden Buntzel-Cano 2004, 145-149, sowie Deutsche Kommission Justitia et Pax 2001, 23-35.

⁶⁵ Vogt 1999.

stellen, sondern erfüllt verschiedene weitere Funktionen, die ökologisch und gesellschaftlich wertvoll sind, jedoch nicht der Handelslogik gehorchen (z.B. Umwelt- und Tierschutz, ländliche Entwicklung, Pflege von Brauchtum oder des sozialen Zusammenhaltes). Diese Leistungen, die gerade in den Entwicklungsländern durch die Globalisierung des Agrarhandels massiv bedroht werden (aber freilich auch hierzulande), müssen grundlegend geschützt und dürfen (und können) nicht verrechnet werden. Gleichwohl bedürfen sie der finanziellen Unterstützung durch öffentliche Mittel. Daher muss ein Teil der Transferzahlungen für diese Leistungen statt für die weitere Subventionierung der Agrarindustrie mitsamt ihrer ökologisch und volkswirtschaftlich schädlichen Überproduktion verwandt werden. Einen rechtlichen Rahmen hierfür, der freilich noch weiter zu entwickeln ist, bieten die bei der WTO verbrieften „Sonder- und Vorzugsrechte“ der Entwicklungsländer, die „nichthandelsbezogenen Anliegen“ sowie die „Entwicklungs-Box“ des WTO-Agrarvertrages.⁶⁶

4. Transparenz und Beteiligungsgerechtigkeit in der WTO: Die Mitsprache- und realen Mitgestaltungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer in der WTO müssen deutlich verbessert werden. Nur durch ein differenziertes, transparentes und unter fairer Beteiligung aller Betroffenen ausgehandeltes Gefüge internationaler Verträge können die Konflikte bewältigt werden, die sich aus den extrem unterschiedlichen Subventions- und Protektionsniveaus in der Landwirtschaft ergeben. Die WTO-Regeln dürfen nicht zum Machtinstrument der Industrienationen für aggressive Markteroberung und einseitige Vorteile im Globalisierungsprozess missbraucht werden. Die WTO ist umfassend zu demokratisieren – auch im Interesse der Bevölkerung der reicheren Nationen.

5. Kohärenz und Überwindung sektoraler Politikmuster: Die entwicklungspolitischen, agrarpolitischen, umwelt- und verbraucherpolitischen Anliegen müssen innerhalb der Politik, der NGOs und der Kirchen kohärenter werden. Nachhaltige Agrarpolitik wird bisher oft durch eine von sektoralen Perspektiven und nationalen Sonderinteressen diktierte Politik blockiert. Auch den kirchlichen Initiativen fehlt es an Absprachen zwischen den Entwicklungs- und der Landwirtschaftsverbänden sowie den verschiedenen Hilfswerken und Diensten. Die Globalisierung der Landwirtschaft zeigt exemplarisch die Notwendigkeit einer neuen Kohärenz, ohne die es weder der Politik noch den zivilgesellschaftlichen Gruppen, zu denen auch die Kirchen zu zählen sind, gelingen wird, den Welthunger zu mindern und die ökologischen Lebensbedingungen für künftige Generationen zu sichern.

6. Neue Solidaritätsbündnisse durch Differenzierung: Die Spannung zwischen globaler und nationaler Solidarität in der Landwirtschaft scheint nicht auflösbar. Bei genauem Hinsehen zeigt sich indessen, dass die gegenwärtigen Bedingungen nur einer Minderheit zu Nutzen sind, während die Mehrheit sowohl in den Entwicklungs- wie in den Industrieländern von einer grundlegenden Reform profitieren könnte. Durch die Sicherung und Förderung einer multifunktionalen Landwirtschaft, in der der regionale Bezug eine wesentliche Rolle behält und die nur eine begrenzte Produktpalette für die Weltmärkte exportiert, sind neue gesellschaftliche Kooperationen möglich, in deren Rahmen der Landwirtschaft eine Schlüsselfunktion für eine nachhaltige und zukunftsfähige Existenzsicherung zukommt.

Das Beispiel der Landwirtschaft zeigt, dass der Gegensatz „Nord-Süd“ in der Globalisierungsdebatte ein teilweise überholtes und in wesentlichen Aspekten unvollständiges und ungenügendes Modell ist: Er wird überlagert vom dem Konflikt zwischen der globalen Konsumentenklasse (und ihrem Interesse an billigen Lebensmitteln) sowie den weltweit agie-

⁶⁶ vgl. EKD/ DBK 2003, Nr. 73-84; Bunzel-Cano 2004, 146-148.

renden Produzenten im Agrarbereich einerseits und dem Existenzinteresse der Menschen andererseits, die primär in lokalen und naturabhängigen Lebensräumen ihren Alltag gestalten. Der zentrale Konflikt ist der zwischen den Gewinnern und den Verlierern der Globalisierung, der mitten durch jede Gesellschaft hindurchgeht. So sind die Gesellschaften durch die Globalisierung zugleich einheitlicher und zerrissener geworden.

Literatur

- Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland e.V. (AEU)(2000.): Grüne Gentechnik, 2. Aufl. München.
- Bächler, G./ Spillmann, K. (Hrsg.)(1996): Kriegsursache Umweltzerstörung (drei Bände), Chur.
- Baratta, M. (2003): Der Fischer Weltatlas, Frankfurt a.M.
- Baumgartner, A./ Korff, W. (1990): Das Prinzip Solidarität. Strukturgesetz einer verantworteten Welt, in: StZ 115, 237-250.
- Bayertz, K. (Hrsg.)(1998): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt a.M.
- Bischöfliche Aktion Adveniat (Hg.)(1968): Sämtliche Beschlüsse der II. Generalkonferenz des Lateinamerikanischen Episkopats in Medellín, Essen.
- Bové, J./Dufour, F. (2001): Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis, Zürich.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)(2001): Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe (2001): Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik, Berlin.
- Buntzel-Cano, R. (2004): Wie die WTO unsere Landwirtschaft bestimmt, in: Saan-Klein, B./ Dirscherl, C./ Vogt, M.: „... es soll nicht aufhören Saat und Ernte“ (Gen 8,22). Ein Praxisbuch zum Mehrwert nachhaltiger Landwirtschaft, München, 145-149.
- ComECE [Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft] (2001): Global Governance. Unsere Verantwortung, Globalisierung zu einer Chance für alle werden zu lassen, Brüssel.
- Deutsche Bischofskonferenz (1979): Die Evangelisierung Lateinamerikas in Gegenwart und Zukunft. Schlussdokument der III. Vollversammlung des lateinamerikanischen Episkopats in Puebla (Stimmen der Weltkirche 8), hrsg. vom Sekretariat der DBK, Bonn.
- Deutsche Bischofskonferenz (1989): Zur Lage der Landwirtschaft (Schriften 44), hrsg. vom Sekretariat der DBK zusammen mit dem Text der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen. Landwirtschaft in schwerer Zeit - Orientierungen, Bonn.
- Deutsche Kommission Justitia et Pax (2001): Reform des Welthandels. Reform der Welthandelsorganisation und die Interessen der Armen. Das TRIPS-Abkommen bedroht die Menschenrechte der Armen, Bonn.
- Evangelische Kirche im Rheinland u.a. (Hrsg.)(2003): Grüne Gentechnik (Kirchliches Umweltmagazin Forum 69, 3/2003).
- Evangelische Kirche in Deutschland – Kammer für Entwicklung und Umwelt (2000): Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung, Hannover.
- Evangelische Kirche in Deutschland/ Deutsche Bischofskonferenz [EKD/DBK] (2003): Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft, hrsg. vom Kirchenamt der EKD und dem Sekretariat der DBK (Gemeinsame Texte 18), Hannover/ Bonn.
- FAO [Food and Agriculture Organization of the United Nations]: Trade Yearbook, Bd. 54, Rom 2001.
- Gumpert, E./ Beaufort, J./ Vogt, M. (2003): Fortschritt und Risiko. Zur der Dialektik der Verantwortung in (post-)modernen Gesellschaften (Forum für interdisziplinäre Forschung 21), Dettelbach.
- Gutiérrez, G. (1973): Theologie der Befreiung, München/Mainz.
- Hausmanning, T./ Scheule, R. (Hrsg.)(1999): ... geklont am achten Schöpfungstag. Gentechnologie im interdisziplinären Gespräch, Augsburg.
- Höhn, H.-J. (2001): Ökologische Sozialethik. Grundlagen und Perspektiven, Paderborn.
- Johannes Paul II. (1981): Laborem exercens, in: KAB [Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands] (Hrsg.): Texte zur Katholischen Soziallehre, 8. Auflage 1992, 529-601.
- Johannes Paul II. (1987): Sollicitudo rei socialis, in: KAB [Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands] (Hrsg.): Texte zur Katholischen Soziallehre, 8. Auflage 1992, 619-687.
- Kroll-Schlüter, H. (1999): Konzepte der Ökosozialen Marktwirtschaft für die europäische Agrarpolitik, in: Riegler, J. u.a. (Hrsg.): Die Bauern nicht dem Weltmarkt opfern! Lebensqualität durch ein europäisches Agrarmodell, Graz, 14-31.
- Kruip, G. (1997): Globalisierung als Chance für universelle Solidarität: Situation und Perspektive der „Entwicklungszusammenarbeit“, in: Höhn, H.-J. (Hrsg.): Christliche Sozialethik interdisziplinär, Paderborn, 309-336.
- Kümmel, R. (1998): Energie und Kreativität, Stuttgart.

- Majer, H. (2001): *Moderne Makroökonomik*, München.
- Majer, H. (2002): *Eingebettete Technik – die Perspektive der ökologischen Ökonomik*, in: Grunwald, A. (Hrsg.): *Technikgestaltung für eine nachhaltige Entwicklung. Von der Konzeption zur Umsetzung*, Berlin, 37-63.
- Maxeiner, D./ Miersch, M. (1996): *Ökooptimismus*, 3. Aufl. München.
- Meier-Walser, R./Stein, P. (Hrsg.) (2004): *Globalisierung und Perspektiven internationaler Verantwortung*, München.
- Messner, D./ Nuscheler, F. (1996): *Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert (2. Policy Paper der Stiftung Entwicklung und Frieden)*, Bonn.
- Misereor (Hrsg.) (2003): *Wem gehört die Welt? Werkmappe zur Fastenaktion 2003*, Aachen.
- Müller, J./ Wallacher, J. (2004): *Entwicklungszusammenarbeit im Spannungsfeld von Eigeninteresse und Solidarität*, in: Meier-Walser/ Stein (a.a.O.), 339-350.
- Münkler, H. (2002): *Die neuen Kriege*, Reinbeck.
- Nilles, B. (2003): *Patente auf Leben. Ein Risiko für Ernährung und biologische Vielfalt*, in: Misereor (a.a.O.), 51-58.
- OECD (2000): *Agricultural Policies in OECD-Countries. Monitoring and Evaluation*, Paris.
- OECD (2001): *ODA-Bericht*, Paris.
- Päpstlicher Rat „Cor Unum“ (1996): *Der Hunger in der Welt. Eine Herausforderung für alle: solidarische Entwicklung*, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 128), Bonn.
- Panikchpakdi, S. (2004): *The Doha-Agenda*, in: Meier-Walser/ Stein (a.a.O.), 549-552.
- Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE)(2002): *Arbeit und Umwelt. Ergebnisse der vierten Konsultation der Umweltbeauftragten des CCEE*, St. Gallen (www.ccee.ch).
- Sachs, W. (2003): *Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie*, 2. Aufl. Frankfurt.
- Schramm, M. (1994): *Der Geldwert der Schöpfung. Theologie – Ökologie – Ökonomie*, Paderborn.
- Schumacher, Ernst (1973): *Small is Beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß (Original: Small is Beautiful. A Study of Economics as it People Mattered, London)*, Karlsruhe.
- Sen, A. (1981): *Poverty and Famines: An Essay on Entitlement and Deprivation*, Oxford.
- Sen, A. (2003): *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, 2. Aufl. München.
- Stiglitz, J. (2002): *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin.
- UNEP (United Nations Environment Programme)(1999): *Global Environment Outlook 2000*, Nairobi.
- Vogt, M. (1999): *Soziale Interaktion und Gerechtigkeit*, in: *Handbuch der Wirtschaftsethik*, hrsg. v. W. Korff u.a., Gütersloh, Bd. I, 284-309.
- Vogt, M. (2001): *Nachhaltigkeit – ein neues Sozialprinzip?*, in: Baumgartner, A. / Putz, G. (Hrsg.): *Sozialprinzipien. Leitideen in einer sich wandelnden Welt (Salzburger Theologische Studien 18)*, Innsbruck, 142-159.
- Vogt, M. (2003): *Ethische Aspekte der Nutzung nachwachsender Rohstoffe*, in: *Ministerium für Ernährung und ländlicher Raum Baden-Württemberg (Hrsg.): Nachwachsende Rohstoffe für Baden-Württemberg*, Stuttgart, 1-13.
- Weltbank (2003): *Weltentwicklungsbericht 2003. Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt. Institutionen, Wachstum und Lebensqualität verbessern*, Bonn.
- Wetzel, T. (2004): *Integrierter Pflanzenschutz und Agroökosysteme*, Pausa.
- Wiemeyer, J. (2004): *Von der "natürlichen Ordnung" zur gesellschaftlichen Dynamik*, in: Göller, R. (Hrsg.): *"Es ist so schwer, den falschen Weg zu meiden". Bilanz und Perspektiven der theologischen Disziplinen*, Münster 2004, 133-152.
- WTO [World Trade Organisation](1995): *The Results of the Uruguay Round of the Multilateral Trade Negotiations. The Legal Texts*, Genf.
- ZdK [Zentralkomitee der deutschen Katholiken](2003): *Agrarpolitik muss wieder Teil der Gesellschaftspolitik werden. Plädoyer für eine nachhaltige Landwirtschaft*, Bonn (November).